

Politische Verfolgung und Widerstand an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in SBZ und DDR

FRIEDEMANN STENGEL

I

Heute vor 66 Jahren, am Morgen des 17. Juni 1953, zogen 2.000 Waggonbauer aus Ammendorf los in die Innenstadt. Am damaligen Thälmannplatz waren es schon 8.000, am Abend fand auf dem Hallmarkt eine Kundgebung mit etwa 60.000 Menschen statt.¹ Nicht nur zahlreiche Studenten hatten sich angeschlossen, auch Professoren. Gerhard Schmidt, ein Doktorand der Agrarwissenschaften, wurde am „Roten Ochsen“ durch einen Schuss der Gefängniswachen tödlich getroffen.² Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), nach dem 17. Juni zum Staatssekretariat herabgestuft, notierte die Anwesenheit der Professoren Herbert Grötsch, Franz Runge, Max Schneider, Hans Haußherr, die sich „sonst“ bei „Kundgebungen und Demonstrationen“ entschuldigen ließen.³ Am 17. und 18. Juni wurden fünf Studenten verhaftet, vier von ihnen,

-
- 1 Zum Ablauf der Ereignisse vgl. André Gursky: Zivilcourage. Der 17. Juni 1953 in Halle. Die Verfolgung und Verurteilung von Teilnehmern des Volksaufstandes, dargestellt auf der Grundlage von Akten der Justiz und des Ministeriums für Staatssicherheit. Magdeburg 2003, 6–8; weiterführend: HansPeter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale. 2., korr. Aufl. Bremen 2003; Hermann-Josef Rupieper, Daniel Bohse und Inga Grebe et al. (Hg.): „... und das Wichtigste ist doch die Einheit“. Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg. Münster; Hamburg 2003; Stefanie Wahl: Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Halle. Schlaglichter. Magdeburg 2003.
 - 2 Vgl. Steffen Könauf: Zwei Morde. Vor 60 Jahren wurde der Student Gerhard Schmidt in Halle von Gefängniswachen erschossen – und anschließend zum Opfer angeblicher Aufständischer umgelogen. In: Mitteldeutsche Zeitung, 24 (2013), Nr. 137 vom 15./16.5.2013, 23; Rupieper, Einheit (wie Anm. 1), 229; <http://www.17juni53.de/tote/schmidt.html> (Stand: 15.8.2019).
 - 3 Zitiert nach Sybille Gerstengarbe und Horst Hennig: Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961. Eine Dokumentation. Leipzig 2009, 378. Bemerkenswert ist die Anwesenheit Max Schneiders, der infolge einer Kinderlähmung körperbehindert war.

Studenten an der Fakultät für Landwirtschaft, wurden zu Zuchthaus zwischen einem und drei Jahren mit anschließendem befristeten Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt, darunter Herbert Prieu, der heute hier anwesend ist. Manche sind verstorben, für die diese Feier eine Gedenkveranstaltung ist, wie Hans-Georg Isermeyer.⁴

II

Der 17. Juni 1953 ist in der Geschichte *ein*, aber nicht *der* Höhepunkt der politisch begründeten Verfolgung an der Universität. Allein zwischen 1946 und 1961 sind 168 Angehörige, das heißt Mitarbeitende, Hochschullehrende und Studierende bekannt, die verhaftet und häufig zu Haftstrafen von mehr als zwei Jahren verurteilt worden sind, allein 40 von ihnen zu 25 Jahren, jeweils drei zu 15 und 20 Jahren und 16 zu zehn Jahren Haft, insgesamt 2.000 Jahre Zuchthaus. Von allen Universitäten der DDR hatte Halle nach Berlin mit deutlichem Abstand die meisten Verhaftungen aufzuweisen. Zu diesen 168 gehören sieben Studenten und Mitarbeiter, die zum Tode verurteilt worden sind, alle zwischen 1949 und 1953.⁵ Zwei von ihnen, Karl Schönmath und Helmut Huwe, wurden 1951 und 1952 in Moskau wegen angeblicher Spionage hingerichtet, Kurt Böhme⁶ starb vermutlich vor seiner Hinrichtung im Haftkrankenhaus, vier andere wurden zu 25 Jahren Zwangsarbeit in Workuta, Taischet und anderswo „begnadigt“, wenn man das so sagen kann. In sowjetischer und DDR-Haft verstorben sind außerdem mindestens noch der Assistenzarzt Ernst Langlet 1949 und die Studenten Jochen Schierandt und Josef Barduhn 1950.⁷

Nicht mitgezählt ist die bislang nicht genau bekannte Zahl von Exmatrikulationen, Relegationen und Fluchten allein vor dem Mauerbau. Denn die meisten von denen, die wieder frei kamen, flohen aus der DDR, besonders in der Zeit des Kampfes der SED gegen die Evangelische und die Katholische Studentengemeinde (ESG und KSG) und gegen die Junge Gemeinde (JG) 1952 und

4 Zu Prieu und Isermeyer vgl. Gursky, *Zivilcourage* (wie Anm. 1), 39–50; Gerstengarbe/Hennig, *Opposition* (wie Anm. 1), 379–413; Herbert Prieu: *Impressionen politischer Haft in der DDR*. In: *Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte* (2002), 94–97.

5 Zu diesen Angaben vgl. Gerstengarbe/Hennig, *Opposition* (wie Anm. 3), 603–613.

6 Biogramme ebd., 630, 647, 666, sowie 78–80, 95–98, 218–237, sowie jetzt wie Angaben zu vielen im folgenden genannten Namen bis 1961 unter: <https://www.catalogus-professorum-halensis.de/politische-verfolgung-ddr/verfolgte.htm>.

7 Vgl. ebd., sowie Biogramme 627, 655, 664f.

1953 und dann wieder 1957/58.⁸ Lebendige Menschen stehen hinter diesen Zahlen, lebendige Menschen und eben auch das Schicksal einer Institution.

III

Sieht man in dieses große Auditorium, so scheint das alles sehr bewusst zu sein. Doch nach wie vor und immer wieder besteht der Eindruck, dass diese Menschen und die Kontexte der politischen Verfolgung und des Widerstands in der DDR in Vergessenheit geraten sind und in den Debatten nicht vorkommen. Die Gesellschaft nicht nur zwischen Ost und West, sondern insbesondere auch innerhalb der ehemaligen DDR scheint genau in dieser Frage gespalten zu sein. Juristische und auch finanzielle Rehabilitierungen sind weitgehend geschehen, obwohl es immer noch offene Felder gibt wie die bestimmt im fünfstelligen Bereich liegenden Fälle von Schülerinnen und Schülern, denen meist wegen ihrer konfessionellen und sozialen Herkunft in der DDR höhere Bildungswege versperrt worden sind. Zwar ist juristisch und finanziell rehabilitiert worden, aber ein offener Diskurs in der Mehrheitsgesellschaft scheint nicht richtig angekommen und geführt worden zu sein. Rührt von hier das Drängen auch der politisch Rehabilitierten nach Anerkennung und nach Öffentlichkeit? Ein bekannter Historiker, Theologe und Psychologe hat vor mehr als 23 Jahren diagnostiziert, dass es bisher nicht gelungen sei, einen gesellschaftlichen Konsens über die zweite deutsche Diktatur und deshalb auch über die zweite deutsche Demokratie zu finden und dass es darum gehe, nicht durch das „hektische Beschwören der ‚christlich-abendländischen‘ Kultur“, sondern durch einen gesellschaftlichen Selbstverständigungsdiskurs einen „konstruktiven Kompromiß“ herzustellen.⁹ Über die Generationen hinweg und quer durch die Landesteile Ost und West findet man Unkenntnis über die Geschichte von Verfolgung und Widerstand in der DDR. Zuweilen scheint der SED-Staat wie eine Bagatelldiktatur betrachtet zu werden, und manchmal wird in diesem Zusammenhang auf die horrenden Schrecken des Nationalsozialismus verwiesen, denen gegenüber jedes andere Unrecht und Verbrechen geradezu marginal erscheine. Bekommen wir es hin, als Gesellschaft und gesellschaftstragende Institutionen,

8 Vgl. Christina Müller: Die Jungen Gemeinden in der DDR am Beispiel der Evangelischen Studentengemeinde Halle. In: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte (2013), 63–96; sowie Joachim Klose (Hg.): Religion statt Ideologie? Christliche Studentengemeinden in der DDR. Leipzig 2012; Peter-Paul Straube: Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines außeruniversitären Studium generale. 2. Aufl. Leipzig 1997.

9 Gerhard Besier: Die Einsicht in Schuld und die Freiheit, neu anzufangen. Fünf Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung. In: Heiner Timmermann (Hg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR. Berlin 1996, 373–386, hier: 386.

an die Akteure und verfolgten Opfer zu erinnern, ohne zu relativieren und ohne menschliche Schicksale und Leben so zu quantifizieren und einzuordnen, dass der Eindruck entsteht, es gäbe verschiedene Klassen von Opfern und vielleicht sogar bloße Kollateralschäden?

Mir scheint, es spielt auch eine Rolle, dass die mitlaufende oder eben auch mittragende Mehrheitsgesellschaft des Ostens nicht an ihr Versagen erinnert werden will, an ihr Wegsehen oder an ihre mangelnde Solidarität. Und von Jüngeren oder Altbundesdeutschen hört man mitunter, man wisse ja auch nicht, wie man sich verhalten hätte und werde sich kein Urteil erlauben. Mich erschreckt das Argument, das man schon lange und immer wieder hört, auch in der Altbundesrepublik habe man sich anpassen müssen. Da zeigt sich der mangelnde Konsens über die zweite Diktatur und über die zweite Demokratie. Auf der einen Seite scheint es das Bedürfnis zu geben, die Mehrheitsgesellschaft der ehemaligen DDR dadurch zu integrieren, dass man ihrer Alltagsgeschichte nach Möglichkeit eine gewisse Normalität bescheinigt und dem Vorwurf entgegentritt, die Lebensleistung der Ostdeutschen zu entwerten, von denen manche dazu tendieren, mit ihrer Lebensleistung auch das gesamte diktatorische Staatssystem gleich mit zu verteidigen. Manchmal hat man den Eindruck, dieses Bedürfnis nach Integration der Mehrheitsgesellschaft sei stärker als das Bedürfnis, dem Schicksal, dem Mut und der Lebensleistung betroffener und verfolgter Menschen nachzugehen. Da geraten die Verfolgten und die zu Opfern gemachten Akteure manchmal wieder an die Peripherie. Hier scheint mir ein Grund für den großen Zuspruch zu sein, den unsere Universität sofort erfuhr, als sie zum 17. Juni hierher einlud.

IV

Die Mehrzahl der aus politischen Gründen Disziplinierten, Verfolgten oder Verurteilten liegt in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der Frühzeit der DDR, die ersten Fälle kurz nach Wiedereröffnung der Universität wie der genannte gerade 20jährige Josef Barduhn, der nach einem „reaktionären Gespräch“ bis 1950 in das Speziallager Sachsenhausen gebracht wurde und im selben Jahr im Zuchthaus Torgau an Tbc verstarb. Aber auch Mitglieder der früheren SPD, der CDU und LDP, die noch keine Blockparteien waren, wurden belangt. Der Wirtschaftsrechtler, Senator und Ministerialdirektor und spätere Frankfurter Oberbürgermeister Willi Brundert, als SPD-Mitglied dann auch Mitglied der SED, wurde ein paar Monate nach Gründung der DDR in einem Schauprozess zusammen mit dem CDU-Vorsitzenden Sachsen-Anhalts Leo Herwegen wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen zu

15 Jahren Zuchthaus verurteilt und erst 1957 entlassen.¹⁰ Studierende wurden verhaftet wegen Kritik an SED und Nationaler Front, oft unter dem Vorwurf der Spionage oder wegen des Kontakts zur sogenannten „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ und der Verbreitung von westlicher Literatur, so beim sogenannten „Studentenprozess“ Anfang 1951 gegen 14 Studenten, von denen neun zu Zuchthaus zwischen zwei und 12 Jahren verurteilt wurden.¹¹ Oft waren sie gerade einmal 20 und bis Mitte 20 Jahre alt, als sie verhaftet wurden. Wo es die Akten hergaben, wurden sie nach 1990 rehabilitiert.

V

Von Beginn der DDR an und mit Höhepunkten 1952/53 und dann wieder 1957/58 verliefen die scharfen Attacken der SED und des MfS gegen die kirchlich gebundene Studierendenschaft in der Evangelischen und in der Katholischen Studentengemeinde. Immer wieder lagen bis in die oberste Parteispitze in den 1950er Jahren Beschlüsse vor, Studentengemeinden und Studentenfürsprecher schlichtweg zu verbieten.¹² Der marxistisch-leninistischen Doktrin, Religion werde in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft überflüssig sein, wurde vor allem, aber nicht nur, in den 1950er Jahren brachial nachgeholfen. Im Juli 1952 beschloss die 2. Parteikonferenz der SED den beschleunigten „planmäßigen Aufbau“ des Sozialismus. Da wurden die Angriffe auf Kirchen und Christen und die atheistische Propaganda verschärft, schon zwischen Stalins Tod im März und Pfingsten 1953 wurden in der gesamten DDR Tausende Studierende und Schülerinnen und Schüler relegiert und exmatrikuliert, vielfach Mitglieder der Studentengemeinden und Jungen Gemeinden, oft Vertrauensstudenten, die zur Elite der Studierendenschaft gehörten. Die KPdSU befahl der SED-Spitze zwar kurz vor dem Volksaufstand am 17. Juni eine Kehrtwende und manche Maßnahmen wurden rückgängig gemacht, ein Großteil

10 Vgl. Gerstengarbe/Hennig, *Opposition* (wie Anm. 3), 119–132 (Der Fall Willi Brundert), 631f.; Franz-Josef Kos: Politische Justiz in der DDR der Dessauer Schauprozess vom April 1950. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 44 (1996), 395–429; Willi Brundert: Es begann im Theater ... „Volksjustiz“ hinter dem eisernen Vorhang. Berlin; Hannover 1958; Günter Buchstab et al. (Hg.): Verfolgt und entrecht. Die Ausschaltung christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation Düsseldorf 1998, 25f., 154.

11 Vgl. Gerstengarbe/Hennig, *Opposition* (wie Anm. 3), 195–209.

12 Vgl. Anm. 8 und Friedemann Stengel: Die Theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71. Leipzig 1998, 66–71, 238–259.

der Schüler und Studierenden war da aber schon im Westen.¹³ Entlassen wurde aus mehrmonatiger Haft auch der hallesche Studentenpfarrer Johannes Hamel, einer der wichtigsten Theologen in der DDR. Rektor Leo Stern selbst hatte in einem Brief an Walter Ulbricht zu seiner Verhaftung gedrängt.¹⁴ Auch der Kirchenhistoriker Kurt Aland war wieder aus der U-Haft freigekommen.¹⁵ Wie Aland hatte auch Hamel dem widerständigen Flügel der Bekennenden Kirche im Nationalsozialismus angehört. Als das MfS 1958 gegen Aland und den Pädagogen Hans Ahrbeck im Zusammenhang mit dem Spirituskreis mit dem Ziel ihrer Verurteilung ermittelte, notierten die zuständigen Offiziere, Aland und Ahrbeck würden bereits über „Erfahrungen in konspirativer Arbeit“ aus ihrer Zeit in der Bekennenden Kirche verfügen.¹⁶

VI

Ein Höhepunkt der Auseinandersetzungen waren die Jahre 1957 und 1958, und es waren die Universitäten Leipzig und Halle. Ende Februar/Anfang März 1958 hatte die 3. Hochschulkonferenz der SED das Programm der „sozialistischen Universität“ beschlossen, an der der Marxismus-Leninismus die Vorherrschaft besitzen sollte. Als Voraussetzung wurde die Bekämpfung von „reaktionären Theorien und kleinbürgerlichen Auffassungen« betrachtet.¹⁷ Während in Leipzig der Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler Ende 1957 zu fünf Jahren Zuchthaus und mit ihm zahlreiche ESG-Studierende verurteilt oder exmatrikuliert wurden,¹⁸ hatte Kurt Hager als der für Ideologie und Hochschulen zuständige Mann in der Parteiführung der SED Anfang 1958 festgestellt, die Universität Halle befinde sich „unter Führung christlich-konservativer Leute, mit denen die Auseinandersetzung bisher noch nicht erfolgt“

13 Vgl. zum Überblick über diese Vorgänge Rudolf Mau: *Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945–1990)*. Leipzig 2005, 45–50.

14 Andreas Thulin: *Durch Verhaftung ... das Handwerk legen. Die Evangelische Studentengemeinde Halle (Saale) 1953 und die Inhaftierung von Studentenpfarrer Johannes Hamel*. 2. Aufl. Halle 2004; André Gursky: *Vorgang „Riga“*. Die „Bearbeitung“ eines evangelischen Studentenpfarrers 1953 in Halle (Saale) durch das Ministerium für Staatssicherheit. Magdeburg 1998; Gerstengarbe/Hennig, *Opposition* (wie Anm. 3), 340–353, Abdruck des handschriftlichen Briefes von Stern an Ulbricht ebd., 344f.

15 Vgl. Stengel, *Fakultäten* (wie Anm. 12), 265.

16 Zitiert nach ebd., 268.

17 Ebd., 263.

18 Vgl. ebd., 238–259: Die Bedeutung des Prozesses gegen den Leipziger Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler für die Theologischen Fakultäten und die Fakultätspolitik der SED.

sei.¹⁹ Doch auch parteiintern wurde gegen abweichende oder „revisionistische“ SED-Mitglieder an der Universität vorgegangen, vor allem gegen den Pädagogen Hans Becker, den Sportwissenschaftler Gerhard Lukas und vor allem gegen den 2017 verstorbenen Historiker Günter Mühlpfordt, der aus der SED und dann aus der Universität ausgeschlossen wurde und bis zum Ende der DDR ein Berufsverbot erhielt.²⁰ Die Zerschlagung des Spirituskreises und die Entlassung des Agrarwissenschaftlers Erich Hoffmann und des Kirchenhistorikers Kurt Aland aus ihren Professuren gehört zu den einschneidendsten hochschulpolitischen Ereignissen in der Gesamtgeschichte der DDR.²¹ Ein Kollege aus Leipzig kommentierte damals, mit der Entlassung Aland wisse man nun, dass auch die so „mächtig Schreienden gestürzt werden, wir müssen uns in acht nehmen“.²²

Das Gefühl, betroffen, gestürzt werden zu können – das war das Ziel der Aktion, die von der Parteispitze angeordnet und von Partei- und Universitätsleitung zusammen mit dem MfS organisiert worden ist. Dieses Thema ist Gegenstand des Dokudramas von Gerhard Lampe und seinem Team, aber ich möchte daran erinnern, dass aus den Familien der Professoren Kurt Aland, Erich Hoffmann, Karl Bischoff, Hans Haußherr, Bernd Lueken, Hans Gallwitz, Horst Hanson und anderen der zwölf Mitglieder des Spirituskreises viele heute hier sind.

1958 war für Halle das Schlüsseljahr. Die Universität hatte von allen Universitäten die Höchstquote an Fluchten in den Westen zu verzeichnen, schon in Leipzig hatten sich nach der Verurteilung Schmutzlers die Fluchten um 300% erhöht.²³ Renommierete Professoren verließen die DDR, ihre Assistenten und viele Studierende. Zu mehrjährigen Zuchthausstrafen wurden in diesen Jahren wieder viele verurteilt, darunter spätere Professoren in der BRD wie der Biologiedidaktiker Roland Hedewig,²⁴ der Historiker Arno Seifert, der mit seinem

19 Ebd., 263.

20 Vgl. Günter Schenk und Regina Meyer: Auch das war die DDR. Zum Verbot der Wissenschaftlergemeinschaft „Spirituskreis“ vor 50 Jahren und zur Revisionismusbekämpfung 1958. Halle 2007, hier: 201–268.

21 Vgl. Stengel, Fakultäten (wie Anm. 12), 260–294; Gerstengarbe/Hennig, Opposition (wie Anm. 3), 528–574; sowie umfassend: Schenk, Meyer, DDR (wie Anm. 20), 19–200; Günter Mühlpfordt und Günter Schenk in Verbindung mit Regina Meyer: Der Spirituskreis [1890–1958]. Eine Gelehrtenegesellschaft in neuhumanistischer Tradition. Vom Kaiserreich bis zum Verbot durch Walter Ulbricht im Rahmen der Verfolgungen an der Universität Halle 1957 und 1958. Bd. 2: 1945–1958. Halle 2004.

22 Stengel, Fakultäten (wie Anm. 12), 294.

23 Vgl. Stengel, Fakultäten (wie Anm. 12), 258, 291.

24 Vgl. Gerstengarbe/Hennig, Opposition (wie Anm. 3), 553–584: Die Verfolgung von Roland Hedewig; Roland Hedewig: Bericht über meinen Lebensweg.

Kommilitonen Heinrich Blobner einen privaten Diskussions- und Lektürekreis unterhielt,²⁵ und schon Jahre vorher der heute anwesende spätere Geologieprofessor Friedhelm Thiedig.²⁶ Die Jahre vor dem Mauerbau waren die Jahre der massenweisen Auswanderung von Bürgerlichen und Intellektuellen, die verfolgt wurden oder sich von Verfolgung bedroht fühlten. Es war diese Drohung, die die SED als Abwerbung durch den Westen verkaufte.

Bis hierhin, bis 1961, haben wir als Rektoratskommission für die Erforschung der Diktaturen des 20. Jahrhunderts 168 Biogramme von verfolgten und vor allem verurteilten Angehörigen der Universität gesammelt und auf einer Webseite des Universitätsarchivs hochgeladen, die ab heute freigeschaltet ist.²⁷ Sie ist auch über einen QR-Code erreichbar, der an der Gedenkstele vor dem Audimax montiert ist. Diese Biogramme entstammen zumeist dem verdienstvollen Buch von Sybille Gerstengarbe und Horst Hennig, der selbst mehr als vier Jahre Zwangsarbeit in Workuta leisten musste: Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Universität Halle.²⁸

VII

Es ist auch der Prägestkraft der ESG der 1950er und 1960er Jahre zu verdanken, dass diese Veranstaltung heute stattfindet, denn eine Initiativgruppe der damaligen ESG-Mitglieder Ingeline Nielsen, Roswitha Hinz, Jürgen Runge mit dem inzwischen verstorbenen Rolf Lorenz hat wichtige Impulse gesetzt und beharrlich verstärkt, sie hat tatkräftig dabei mitgeholfen, Informationen zu sammeln. Und sie hat darauf gedrungen, dass es noch eine andere Gruppe gibt, derer heute und in Zukunft zu gedenken ist: Professorinnen und Professoren, die sich in SBZ und DDR vor ihre Studierenden und Mitarbeitenden gestellt haben, die beharrlich beim Rektor nachgefragt haben, wenn wieder Menschen spurlos verschwunden waren, die den Angehörigen geantwortet und ihnen Hilfe zugesichert haben, wenn diese sich verzweifelt an sie wandten, die Studierenden finanzielle Unterstützung zukommen ließen, wenn ihnen die Stipendien aus politischen Gründen gestrichen wurden. Es gab sogar Fälle, in denen ein Sektionsdirektor einen Verweis aussprach und dadurch eine Exmatrikula-

25 Vgl. zu beiden Gerstengarbe/Hennig, *Opposition* (wie Anm. 3), 486–515: Die Zerschlagung eines feindlichen Debattierklubs; 629–630, 669.

26 Vgl. ebd., 303–331: Friedhelm Thiedig: In den Strafvollzugsanstalten Halle und Torgau in den Jahren 1952 bis 1955, 672.

27 <https://www.catalogus-professorum-halensis.de/politische-verfolgung-ddr/verfolgte.htm>.

28 Wie Anm. 3; sowie Horst Hennig: *Wie kommt ein Student der Martin-Luther-Universität nach Workuta*, ebd., 145–188.

tion verhindert wurde.²⁹ Diese Hochschullehrerinnen und -lehrer wurden dabei selbst bedrückt und attackiert, und es war ein Mut, sich insbesondere vor dem Mauerbau politisch zu positionieren. Wir wissen aus Protokollen abgehörter Telefonate, welche Ängste damals auch in der Professorenschaft herrschten. Wir wissen von Professoren wie dem Dekan der Medizinischen Fakultät Erwin Reichenbach, der schwer attackiert worden ist, von Heinz Bethge, von den Mitgliedern des Spirituskreises, oder von dem prominenten Mathematiker Ott-Heinrich Keller, der es wagte, auf dem Höhepunkt des Kirchenkampfes in der Vorlesungszeit auf dem Universitätsplatz mit der Spendenbüchse für das Evangelische Hilfswerk zu sammeln und 1956 in der Vorlesung öffentlich um die Opfer der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands und zugleich des Militärschlags in Ägypten zu trauern.³⁰

Wir haben Biogramme von knapp 30 solcher Professorinnen und Professoren erarbeitet und Belege für deren Solidarisierungsaktionen erbracht, aus den Archivalien, aber auch auf Grund von Zeitzeugnissen, die von Studierenden der Universität aus den 1950er Jahren erbracht worden sind. Biogramme und Zeitzeugnisse sind auf der Webseite hochgeladen.³¹

Es hat im Vorfeld Diskussionen in der Kommission und zusammen mit der Initiativgruppe gegeben, ob man in diesem Zusammenhang auch solcher gedenken sollte, die vor 1945 Mitglieder der NSDAP oder der SA gewesen sind. Das trifft auf einige der Professoren zu wie auf den späteren Leopoldinapäsidenten Kurt Mothes, der Ulbricht 1958 öffentlich entgegnetrat. Wir haben uns entschieden, dass es hier um die Nennung der konkreten Solidarisierungsaktionen in konkreten Fällen geht, als Akte des Mutes, nicht um die Ehrung oder Würdigung des Gesamtlebenswerks mit allen politischen Facetten. Alle uns zugänglichen Informationen haben wir zur Verfügung gestellt – die Diskussion ist eröffnet.

29 Als Ende 1980 vier Theologiestudenten den Wehrsport verweigerten, erwogen MfS und Universitätsleitung die Exmatrikulation. Nach fast einem halben Jahr Verhandlungen sprach ihnen der Sektionsdirektor Gerhard Wallis nach dem Bericht des GMS „Kurt“ (der ML-Dozent Werner Prokoph) ohne „Konsultation mit dem Rektor bzw. der Leitung der MLU“ einen Verweis aus und verabschiedete sie, so „Kurt“, „mit Handschlag wie zu einer Auszeichnung“, wodurch er nach Auffassung der Sektion die Exmatrikulation verhindert habe, vgl. Friedemann Stengel: Zur Rolle der Theologischen Fakultäten in der DDR 1980–1990. In: Kurt Nowak und Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hg.): Zehn Jahre danach. Die Verantwortung von Theologie und Kirche in der Gesellschaft (1989–1999). Leipzig 2000, 32–78, 69.

30 Vgl. Stengel, Fakultäten (wie Anm. 12), 286 f.; Gerstengarbe/Hennig, Opposition (wie Anm. 12), 442–446; hier auch Ausführungen zu den anderen Genannten.

31 <https://www.catalogus-professorum-halensis.de/politische-verfolgung-ddr/profs-fuer-studies.htm>.

VIII

Die DDR ging 1961 in ihr Mauerstadium. Und die politische Verfolgung hielt an, auch wenn man sagen muss, dass im Laufe der 1970er und auch 1980er Jahre die Disziplinarfälle zurückgingen, nicht jedoch die Zahl der Ausreiseträger sowie der versuchten und gelungenen Fluchten aus der DDR. Sicherlich wird man nicht umhin kommen zu fragen, inwieweit die Bestrafungs- und Disziplinierungsaktionen der 1950er und frühen 1960er es bewirkt haben, dass die politischen Konfliktfälle an der Universität quantitativ abnahmen.

Wir kennen dennoch mehr als 200 Fälle von Universitätsangehörigen, die zwischen 1961 und 1989 aus politischen Gründen diszipliniert, exmatrikuliert, entlassen, verhaftet, verurteilt worden sind.³² Viele sind bekannt, beispielsweise der Geologe Frank Eigenfeld, der 1982 bei seiner Weigerung, am Zivilverteidigungslager (ZV-Lager) teilzunehmen und wegen seiner Beziehungen zur Offenen Jugendarbeit in Halle-Neustadt seine Stelle als wissenschaftlicher Assistent verlor, als Hausmeister bei der evangelischen Kirche arbeitete und erst 1990 wieder eingestellt wurde, er ist heute hier,³³ oder des habilitierten Biochemikers Peter Bohley, der ein politisch begründetes Lehrverbot erhielt und 1984 in den Westen ausreiste,³⁴ Heidi Bohley und Katrin Eigenfeld, die als Gründerinnen der bekannten halleschen „Frauen für den Frieden“ als Mitarbeiterinnen der Universitätsbibliothek Repressionen und Degradierungen ausgesetzt waren, Katrin Eigenfeld nach dreimonatiger Haft.³⁵ Auch Heidi Bohley ist heute hier. Und der Historiker Hans Krech, der 1984 nach seinem Aus-

32 Vgl. vorläufige Angaben auf der Basis der derzeitigen Forschungsstandes bei Andreas Thulin: Politische Verfolgung von Studierenden und Mitarbeitenden an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg von 1961 bis 1989. In: Andreas Ranft und Michael Ruprecht (Hg.): Universität und Stadt. Sichtbarkeit, Lebensform, Transformation. Halle (Saale) 2018, 108–132. Vgl. auch Angaben bei Steffen Reichert: Unter Kontrolle. Die Martin-Luther-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit 1968–1989. 2 Bde., Halle 2006.

33 Vgl. https://www.ddr89.de/personen/eigenfeld_f.html (Stand: 16.8.2019).

34 Vgl. <https://www.zeitzeugenbuero.de/index.php?id=detail&zzp=7> (Stand: 16.8.2019); Peter Bohley: Sieben Brüder auf einer fliegenden Schildkröte. 2. Aufl. Nordstedt 2005.

35 Vgl. Anna Kaminsky: Frauen in der DDR. 2. Aufl. Berlin 2017, 238–242; <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=696>; https://www.zeitzeugenbuero.de/index.php?id=detail&tx_zrwzeitzeugen_zeitzeugen%5Buid%5D=6&tx_zrwzeitzeugen_zeitzeugen%5Bcontroller%5D=Zeitzeugen (Stand: 16.8.2019); Helmut Müller Enbergs: Katrin Eigenfeld. In: Ilko-Sascha Kowalczyk et al. (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos. Berlin 2006, S. 260–263.

schluss aus der SED die Universität verlassen musste und erst 1989 ausreisen konnte.³⁶

Das war Anfang der 1980er eine neue Eskalationsphase nach Solidarność und mit der Entstehung der kirchlichen Friedensbewegung in der DDR, gegen die die SED und in ihrem Auftrag das MfS durchgriff. Aber schon nach dem Mauerbau waren viele Studierende in der sogenannten Aktion „Störfreimachung“ belangt worden, und dann waren es meist christliche Studenten, die sich weigerten, sich freiwillig zum Dienst mit der Waffe zu verpflichten, als es noch keine Wehrpflicht gab, und die dann ab Januar 1962 den Dienst mit der Waffe verweigerten. Die Physikstudenten Hermann Beleites und Christoph Morgeneyer gehörten wohl zu den ersten, die exmatrikuliert wurden.³⁷ Da gab es auch Verweigerer, die die Exmatrikulation in Kauf genommen und dann als Laborant gearbeitet haben. Dieses Konfliktfeld der Wehr- und Waffendienstverweigerung zieht sich durch die ganze DDR.

Es wurden Leute denunziert, deren Briefe heimlich geöffnet wurden, wegen satirischer Lieder auf Studentenbällen oder im Erntelager und wegen Verweigerungen im obligatorischen Wehrlager oder ZV-Lager. Und natürlich wurde jeder und jede, die einen Antrag auf Eheschließung in der BRD oder einen einfachen Ausreiseantrag gestellt hatte, sofort exmatrikuliert oder entlassen, wie die Sprechwissenschaftlerin und spätere Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates der Deutschen Gesellschaft für Sprechwissenschaft und Sprecherziehung Christa Heilmann, die 1984 drei Jahre Berufsverbot erhielt, bevor sie endlich ausreisen konnte.³⁸ Jeder Fluchtversuch wurde mit Exmatrikulation und Haftstrafe geahndet, und die erfolgreich Geflohenen wurden im Nachhinein exmatrikuliert. Zwischen Mauerbau und Mauerfall wurden mindestens zehn Universitätsangehörige wegen „staatsfeindlichem Verhalten“ und Agententätigkeit und 42 wegen Republikflucht inhaftiert, vermutlich waren es noch sehr viel mehr; dazu jeweils ungefähr 60 endgültige und 60 zeitweilige Exmatrikulationen, darunter auch von einigen ausländischen Studenten. Medizin- und Theologiestudierende lagen deutlich über dem Durchschnitt,³⁹ wobei Studierende der Theologie bei einer Exmatrikulation die Möglichkeit hatten, nach einer zeitlichen Pause an einer der drei Kirchlichen Hochschulen

36 Vgl. Johannes Mehlig: *Wendezeiten. Die Strangulierung des Geistes an den Universitäten der DDR und dessen Erneuerung*, Bad Honnef 1999, 181–190.

37 Vgl. Dieter Nover: *Tagebuch 1959–1963*. In: *Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte* (2002), 98–109, hier: 103; HermannJosef Rupieper (Hg.): „Es gibt keinen Ausweg für Brandt zum Krieg“. August 1961 an der Martin-Luther-Universität, Halle 2002, 70–82.

38 Vgl. vorläufig: https://de.wikipedia.org/wiki/Christa_Heilmann (Stand: 16.8. 2019).

39 Vgl. diese vorläufigen Angaben bei Thulin, *Verfolgung* (wie Anm. 32), 124f.

in Leipzig, Naumburg oder Berlin weiterzustudieren und damit im Gegensatz zu den anderen Studierenden im Konfliktfall eine reale Alternative besaßen.

IX

Die zeitlichen Schwerpunkte politischen Widerstands und politisch begründeter Verfolgung lagen um 1961/62, um 1968 und Anfang der 1980er Jahre in der Zeit der Formierung der kirchlichen Friedensbewegung, wie man überhaupt sagen muss, dass es sehr häufig christliche Prägungen und Einstellungen waren, die Universitätsangehörige in Konflikt mit Staat und Ideologie führten und in die sie gebracht wurden. Als im Zuge der 3. Hochschulreform um 1970 gemusterten Bausoldaten, auch den Theologen, grundsätzlich der Zugang zu den Universitäten verweigert worden ist und schon gediente Bausoldaten dann an der Universität Waffendienst im obligatorischen Wehrlager ableisten sollten, wurden etliche Verweigerer befristet oder endgültig exmatrikuliert:⁴⁰ die Studenten der Theologie Thomas Begrich, Wolfram Tschiche, Jörg Ernst, Johannes Staemmler, Hans-Martin Ilse und der Student und spätere Professor für Statik und Dynamik Werner Schneider, der nach seinem Wehrdienst als Bausoldat sogar arbeitslos war und dem bei seiner Re-Immatrikulation zwei Jahre später mitgeteilt wurde, dass Leistungsstipendium und akademische Laufbahn für ihn ausgeschlossen seien, so dass er erst nach dem Ende der DDR eine wissenschaftliche Tätigkeit aufnehmen konnte.

Als parallel zu der kirchlichen Bewegung um den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ die kirchliche Initiative für einen Sozialen Friedensdienst bekämpft wurde, wurden 1982 sechs zum Studium der Rehabilitationspädagogik delegierte Lehrerinnen und Lehrer relegiert oder exmatrikuliert und teilweise aus dem Schuldienst entlassen. Im Herbst 1984 wurden fünf Theologiestudenten nach Verweigerungen und Konflikten im ZV-Lager exmatrikuliert (Kai Becker, Eckard Junghans, Jochen Läßig, Christian Ohm, Thomas Rudolph).⁴¹ Bis in den Herbst 1989 wurden Studierende exmatrikuliert.⁴²

40 Vgl. zu diesen Vorgängen Stengel, Fakultäten (wie Anm. 12), 661–668.

41 Vgl. vorläufig nur: Stengel, Rolle (wie Anm. 29), 58.

42 Vgl. jetzt Udo Grashoff: Studenten im Aufbruch. Unabhängige studentische Interessenvertretung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1987–1992. Halle 2019.

X

Die Grenzen zwischen Opposition, Widerstand, Widerspruch, Nonkonformität sind oft nicht so genau zu ziehen, wie es sich ein Typologe wünscht.⁴³ Und gleichzeitig war es immer entscheidend, wie die SED und MfS eine Haltung oder eine Handlung bewerteten und verfolgten. Die bloße Mitgliedschaft konnte Zeugen Jehovas in den 1950er Jahren 25 Jahre hinter Gitter bringen;⁴⁴ in den frühen 1950ern konnte die Mitgliedschaft in der ESG zur Exmatrikulation oder Verhaftung führen und darüber hinaus lebenslang Biographien beeinflussen. Manchmal blieben hingegen die Autoren scharfer Briefe, damals so genannter „Eingaben“ an die Partei- und Staatsspitze unversehrt. Es gab sogar einzelne Fälle, in denen Studierende in den 1980ern ohne Folgen ihren FDJ-Ausweis abgaben.

Das System der Verfolgung bestand in seiner Unberechenbarkeit und scheinbaren Inkonsequenz, mit der die einen belangt wurden und die anderen unbehelligt blieben. Nicht jeder Fall wurde verfolgt, aber es bestand die permanente Drohung. In vielen Fällen haben schon Schulen und Universitätsleitungen zusammen mit dem MfS die Immatrikulation kritischer, oft konfessionell gebundener Schülerinnen und Schüler verhindert, manchmal sind solche aber auch zugelassen worden. Oft ist ihnen aber schon vorher der Zugang zur Erweiterten Oberschule (EOS) und das Abitur verweigert worden. Auch um die Quote von Arbeiter- und Bauernkindern zu erhöhen, sind Kinder zu Oberschulen oder Studienbewerber und -bewerberinnen manchmal nicht zugelassen worden, wenn ihre Eltern Akademiker waren. Ein Zusammenhang zwischen den direkten und indirekten Folgen dieser Zulassungspolitik und der abnehmenden Zahl politischer Verfahren lässt sich nur schwer bestreiten. Aber verschwunden sind organisierter und spontaner Protest, Widerspruch, Resistenz und Verweigerung nicht. Es sind immer Einzelne, die aktiv waren, geworden sind, zu „Fällen“ gemacht wurden, auch zu Opfern, unabhängig von dem Grad ihrer Aktivität. Diktaturen stellen „Fälle“ und Minderheiten vor allem auch deshalb her, um die Mehrheit zu bändigen und der Mehrheit zu zeigen, was geschehen kann. Manchmal werden die Auffälligen, manchmal die Unauffälligen gegriffen. Verfolgt wird, um das Zentrum zu disziplinieren. Ohne die tatsächliche Verfolgung und die drohende Situation von Verfolgung lässt sich die Mehrheitsgesellschaft nicht verstehen. Macht stellt Grenzen her, um stabil zu erscheinen. Neben dem ehrenden Gedenken an die, die hiervon betroffen wurden oder sich betroffen gemacht haben, besteht wohl hierin die

43 Vgl. etwa Ehrhart Neubert: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*. 1. Aufl. Bonn 1997, 26–33.

44 Vgl. dazu Falko Schilling: *Die Zeugen Jehovas in der SBZ/DDR 1945 bis 1951*. Neuanfang, Behinderung und Verfolgung. Halle (Saale) 2014.

größte Herausforderung: die nicht oder kaum betroffene Mehrheit stellt sich den Betroffenen und Verfolgten – und damit sich selbst.

XI

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die eigentliche Stärke von Demokratien zeigt sich darin, dass sie Minderheiten, dass sie einzelne Positionen unter besonderen Schutz stellt und privilegiert. Das ist das höchste Gut. Wir brauchen die Erinnerung an Unrecht und Diktatur nicht nur, um uns auf die gegenwärtigen Herausforderungen zu besinnen, die Freiheit von Religion, Meinung, Presse, Wissenschaft und den Minderheitenschutz betreffen. Die DDR ist lebhaftig, sie wird gespürt und geschmeckt. Zeit- und Augenzeugen, Beteiligte, Akteure, Mittäter und Verantwortliche, sind unter uns und sie werden es noch lange sein. Heute stehen die Betroffenen, die Akteure und die Opfer zur Debatte. Anfangs habe ich an den, wie mir scheint, bis heute fehlenden Grundkonsens über die zweite deutsche Diktatur erinnert. Mit dem heutigen Gedenken, das auf einen Senatsbeschluss zurückgeht, hat die Universität vor Ort diesen Konsens hergestellt.